



Tarif

dbb news

Einkommensrunde TV-L 25/26 / Nr. 13

Januar 2026

Demonstration in Kiel

Der öffentliche Dienst hält zusammen!



Finanzministerin Schleswig-Holstein und Zweite Stellvertreterin des TdL-Vorsitzenden, Dr. Silke Schneider, 3.v.r., und Landesbundsvorsitzender dbb schleswig-holstein, Kai Tellkamp, 4.v.r.

Mit einer Menschenkette aus 600 Leuten zwischen Landesfinanzministerium und Staatskanzlei haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder am 6. Januar 2026 in Kiel für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. Tarifbeschäftigte und verbeamtete Kolleginnen und Kollegen trotzen gemeinsam der Kälte, um auf ihre berechtigten Forderungen aufmerksam zu machen. Für den Tarifbereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder hatte der dbb zusammen mit seinen Fachgewerkschaften für diesen Tag in Schleswig-Holstein zum Warnstreik aufgerufen.

Beeinträchtigungen durch Warnstreik

„Wir zeigen heute deutlich: Der öffentliche Dienst hält zusammen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, die Argumente der Politik sind längst abgewetzt“, betonte Kai Tellkamp, Landesbundsvorsitzender des dbb schleswig-holstein, am 6. Januar 2026 auf der Kundgebung in Kiel. Ob in unseren Landesbehörden, in unseren Schulen, im Straßenbetriebsdienst oder bei der Polizei: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes halten das Land am Laufen – auch bei Eis und Schnee. Da ist es doch nicht zu viel verlangt, dass die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auch mal Einsatz zeigt, und endlich ein angemessenes Angebot vorlegt“, so Tellkamp weiter. Die Beschäftigten fordern sieben Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 300 Euro mehr.

Im Bereich des Straßenverkehrsdienstes kam es zu sichtbaren Beeinträchtigungen. Der Winterdienst wurde ebenfalls

dbb.de
25/26 7%
300
Euro
mind.



Kiel, 6. Januar 2026



Kiel, 6. Januar 2026



Kiel, 6. Januar 2026



bestreikt. Die Verkehrsteilnehmenden wurden zu besonders achtsamer Fahrweise aufgerufen.

Einkommen müssen mit der Privatwirtschaft mithalten können

Daniel Schlichting, Landesvorsitzender der komba gewerkschaft schleswig-holstein, machte auf den eklatanten Arbeitskräftemangel im öffentlichen Dienst aufmerksam: „Die Politik muss mehr Menschen für die Arbeit im öffentlichen Dienst begeistern. Das schafft sie nur mit Einkommen und Arbeitsbedingungen, die es mit der privaten Wirtschaft aufnehmen können. Sie schafft es nicht, indem sie den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten schlechtredet.“ Wer Beamten-Bashing betreibe, dürfe sich nicht wundern, wenn die Stellen unbesetzt bleiben. Allein demografisch bedingt werde in den nächsten zehn Jahren ein Viertel der Beschäftigten altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. „Die Politik darf diesen Arbeitskräfteverlust nicht künstlich befeuern“, stellte Schlichting klar.



Facebook: [@dbb beamtenbund und tarifunion](#)
Instagram: [@dbb.online](#)
LinkedIn: [@dbb beamtenbund und tarifunion](#)
Bluesky: [@dbbonline.bsky.social](#)

Weitere Infos zur aktuellen Einkommensrunde finden Sie unter:
[www.dbb.de/einkommensrunde](#)



Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten 41 kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Wir informieren schnell und vor Ort über [www.dbb.de](#), über die Flugblätter **dbb news** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**. Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!

